Dieses Dokument ist lizenziert für HS Augsburg, uw00411t.
Alle Rechte vorbehalten. © c't - magazin für computertechnik (CT). Download vom 15.05.2025 18:43 von www.wiso-net.de.

Bild: KI, Collage c't

Open Source als Plan B

Wie Deutschland, Frankreich, die Niederlande, die Schweiz und Dänemark ihre Abhängigkeit von Microsoft reduzieren wollen

Die Schweiz testet Open-Source-Software aus Deutschland, Dänemark informiert sich in Schleswig-Holstein über Libre Office, und Deutschland, Frankreich und die Niederlande entwickeln gemeinsam Software für Behörden: Donald Trump treibt europäische Regierungen zu Microsoft-Alternativen.

Von Falk Steiner und Christian Wölbert

Mit der Kaltstellung der Ukraine, der Annäherung an Russland und mit seiner Zollpolitik hat US-Präsident Donald Trump die Europäer aufgeschreckt – und die Diskussion um digitale Souveränität befeuert. Die Risiken der Abhängigkeit von amerikanischen Tech-Konzernen sind auf der politischen Agenda plötzlich nach oben gerückt; nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen europäischen Hauptstädten.

Die Diskussion hat viele Facetten, denn US-Konzerne wie Microsoft, AWS, Google, Oracle, Broadcom oder OpenAI dominieren in zahlreichen Bereichen der IT, von Hardware über Clouddienste bis hin zu Betriebssystemen und (KI-)Anwendungen. In einzelnen Segmenten haben allerdings auch chinesische Anbieter wie Lenovo und Huawei eine starke Stellung, genau wie die Europäer selbst, zum Beispiel mit ASML oder SAP.

Eine IT-Welt ohne Abhängigkeiten von Dritten wäre nicht förderlich für Produktivität und Wohlstand und ohnehin unrealistisch, schließlich ist in kaum einer Firma das gesamte Know-how für die immer komplexer werdenden Pro-

Dieses Dokument ist lizenziert für HS Augsburg, uw00411t.
Alle Rechte vorbehalten. © c't - magazin für computertechnik (CT). Download vom 15.05.2025 18:43 von www.wiso-net.de.

dukte vorhanden. Doch besonders die Abhängigkeit von Microsofts Software und Clouddiensten beunruhigt viele europäische Politiker. Sollte der Konzern sich aufgrund von Anordnungen der US-Regierung gezwungen sehen, Clouddienste wie 365 abzuschalten, wären die Auswirkungen drastisch: Ministerien und Behörden mit 365-Abo könnten von jetzt auf gleich nicht einmal mehr chatten oder mailen. Sollte Microsoft keine Sicherheitsupdates mehr liefern, gerieten früher oder später alle Nutzer von Windows und den „on premise“ (also auf Kundenhardware statt in der Cloud) laufenden Varianten von Office und Exchange in Schwierigkeiten. Microsofts Plan, Office künftig nur noch in der Cloud anzubieten, setzt die Europäer zusätzlich unter Druck. Und der Wechsel zu anderen Anbietern wird unter anderem dadurch erschwert, dass Verwaltungsanwendungen wie E-Akte-Programme mit Microsoft Office verwoben sind.

Im Folgenden konzentrieren wir uns deshalb auf die Frage, wie einige europäische Länder ihre Abhängigkeit von Microsoft reduzieren wollen. Einen Überblick über umfassendere europäische Initiativen für digitale Souveränität wie EuroStack gibt der Kasten auf Seite 125.

Niederlande planen strengere Cloud-Regeln

Zu den europäischen Regierungen, die intensiv Microsoft-Clouddienste nutzen, gehört die der Niederlande. Nachlesen lässt sich das in einem Bericht des niederländischen Rechnungshofs vom Januar. Demnach erlaubte das Innenministerium im Jahr 2022 den Regierungsbehörden die Nutzung von Public-Cloud-Diensten. Der staatliche IT-Dienstleister SSC-ICT, der 57.000 IT-Arbeitsplätze in Ministerien und Behörden betreut, schloss mit Microsoft einen Vertrag über die Nutzung des Online-Office-Pakets 365. Laut dem Bericht des Rechnungshofs wird dieses mittlerweile „beinahe von der gesamten Zentralregierung“ genutzt.

Hingegen nutzen die Ministerien der deutschen Bundesregierung in der Regel noch die On-Premise-Version von Office. Eine Ausnahme ist das Auswärtige Amt, das angekündigt hat, „im Rahmen der besonderen Erfordernisse der Auslands-IT“ Microsoft 365 einzuführen. Auch mindestens sechs Bundesländer, darunter Bayern und Niedersachsen, nutzen Microsofts Public-Cloud-Dienste oder planen das.

Die Bundesregierung setzt jedoch in erster Linie auf ein spezielles Projekt, nämlich auf eine Cloud der SAP-Tochterfirma Delos. Diese will in ihren Rechenzentren Microsoft 365 und weitere Clouddienste exklusiv für deutsche Behörden betreiben. Da SAP ein deutscher Konzern ist, haben US-Behörden juristisch gesehen keine direkte Zugriffsmöglichkeit. Technisch verspricht Delos ein relativ hohes Schutzniveau vor Spionage und Manipulation [1]. Und im Fall, dass Microsoft keine Updates mehr liefert, will das Unternehmen die Cloud zumindest für einige Monate weiter betreiben. Geht dieses Versprechen auf, wäre die Bundesregierung nicht so leicht erpressbar wie etwa die niederländische, die sich auf Microsofts Rechenzentren verlässt.

Doch mittlerweile rücken die Risiken der Microsoft-Cloud auch in den Niederlanden stärker in den Fokus. Die Regierung in Den Haag will bis Mitte des Jahres ihre Richtlinie für den Einsatz von Clouddiensten überarbeiten. Die neuen Regeln würden „die Nutzung von Public-Cloud-Diensten einschränken“, kündigte das Innenministerium am 12. März auf eine Frage zweier Abgeordneter an. Die Aspekte der „digitalen Autonomie und Sicherheit“ würden in der neuen Politik stärker berücksichtigt.

Außerdem beteiligen sich die Niederlande am Aufbau von Alternativen zu Microsoft Office und Teams: Im Dezember unterschrieb der niederländische Staats-CIO Art de Blaauw eine „Declaration of Intent“ über die Zusammenarbeit mit dem staatlichen deutschen Zentrum für digitale Souveränität (ZenDiS) sowie der Direction interministérielle du numérique (DINUM), der Digitalisierungseinheit der französischen Regierung. Dabei geht es um die Weiterentwicklung quelloffener Anwendungen für Behörden, aktuell vor allem für Produktivität und Kommunikation. Ein konkretes Produkt der deutsch-französischen Kooperation ist Docs, ein Online-Editor für kollaboratives Schreiben und Wissensmanagement. „Zurzeit nehmen wir die Niederlande an Bord“, heißt es auf der GitHub-Seite des Projekts. Docs ist mittlerweile auch Teil des deutschen Open-Source-Office-Pakets openDesk [2].

Frankreich, Deutschland und die Niederlande arbeiten gemeinsam am freien Editor Docs. Das Logo mit Baguette, Gouda und Brezel findet sich auf der GitHub-Seite des Projekts.

c't kompakt

- Europäische Regierungen sind unterschiedlich stark von Microsoft abhängig: In den Niederlanden und der Schweiz nutzen bereits viele Behörden den Clouddienst Microsoft 365, Deutschland und Frankreich verlassen sich stärker auf staatliche Rechenzentren.
- Donald Trumps Drohung, Grönland zu annektieren, hat auch in Dänemark eine Debatte über die Abhängigkeit von Microsoft ausgelöst.
- Die Niederlande, Deutschland und Frankreich kooperieren offiziell bei der Entwicklung von freier Office-Software, die Schweiz testet das deutsche openDesk.

Dänemark: Vom US-Gehilfen zum Gegner

Auch im durchdigitalisierten Dänemark machte man sich bis vor Kurzem wenige Gedanken über die Abhängigkeit von Microsofts Clouddiensten. Das Land pflegte traditionell ein enges Verhältnis zu den USA. Das ging so weit, dass der dänische Auslandsnachrichtendienst der NSA von 2012 bis 2014 ermöglichte, einen Unterseekabel-Knotenpunkt anzuzapfen. Ziel dieser Abhöraktion waren laut Medienberichten Angela Merkel und weitere europäische Spitzenpolitiker.

Den Wechsel zu Microsoft 365 in der Public Cloud bereitet die dänische Regierung schon seit einigen Jahren vor. Mitte

Dieses Dokument ist lizenziert für HS Augsburg, uw00411t.
Alle Rechte vorbehalten. © c't - magazin für computertechnik (CT). Download vom 15.05.2025 18:43 von www.wiso-net.de.

vorigen Jahres kam der staatliche IT-Dienstleister Statens IT in einer Datenschutzfolgeabschätzung zu dem Schluss, dass die Nutzung der Cloudanwendungen durch Behörden mit der DSGVO vereinbar ist. Zur Frage, wie viele Behörden bereits Microsoft 365 nutzen, gab das zuständige Finanzministerium auf Anfrage von c't keine Auskunft.

Doch seit Donald Trumps Amtsantritt steht Dänemark plötzlich Kopf. Denn Trump will Grönland annektieren und bedroht das Königreich ganz offen. Man werde die Kontrolle über Grönland „auf die eine oder die andere Art und Weise" übernehmen, sagte er im März vor dem US-Kongress. Seitdem gibt es auch in Dänemark eine Diskussion darüber, inwieweit das Land per Knopfdruck lahmgelegt werden könnte.

Dieses Risiko einer Totalabschaltung sei zwar gering, aber dennoch brauche Dänemark einen Plan B, sagte Jacob Herbst, Vorsitzender des dänischen Rates für Cybersicherheit und Technikchef der Sicherheitsfirma Dubex, gegenüber dem Sender TV 2. „Wenn die Amerikaner um 8 Uhr am Montagmorgen entscheiden, US-Clouddienste abzuschalten, dann wird Dänemark um 9 Uhr still stehen."

Was folgt für die Regierung aus diesem Horrorszenario? Mehrere Tage braucht der Sprecher des Digitalministeriums, um eine eher unkonkrete Antwort zu formulieren: „Es ist niemals erstrebenswert, von einzelnen Anbietern abhängig zu sein." Daher strebe man einen stärkeren Wettbewerb in der Digitalbranche an und verfolge die Entwicklung alternativer Lösungen wie Open-Source-Software. Zudem erarbeite man zurzeit zusammen mit den Regionen und Städten eine neue Digitalstrategie. „Die Diskussionen drehen sich darum, wie man alternative Software am besten fördern kann. Dabei geht es auch um das Potenzial für Pilotprojekte."

Zugespitzt könnte man sagen: Dänemark wurde von dem Thema kalt erwischt und sucht nun nach Microsoft-Alternativen, kann aber noch nicht auf konkrete Projekte verweisen.

Immerhin müssen die Dänen nicht weit reisen, um von den Erfahrungen anderer zu profitieren: Das benachbarte Schleswig-Holstein ist das einzige deutsche Bundesland, das sich weitgehend von Microsoft Office verabschieden will [3]. Bis Oktober 2025 soll auf 70 Prozent der IT-Arbeitsplätze der Landesverwaltung stattdessen Libre Office und Nextcloud genutzt werden. Vertreter dänischer Ministerien haben die Kieler Staatskanzlei bereits besucht und sich über das Projekt informiert, wie eine Sprecherin der Staatskanzlei auf Anfrage mitteilte. „Es wurde vereinbart, diesen Informationsaustausch fortzusetzen."

»Wenn die Amerikaner um 8 Uhr am Montagmorgen entscheiden, US-Clouddienste abzuschalten, dann wird Dänemark um 9 Uhr still stehen.«

Jacob Herbst, Vorsitzender des dänischen Rates für Cybersicherheit

BOSS: Schweiz testet deutsches Office

Auch die Schweiz ist weit fortgeschritten auf dem Weg in Microsofts Public Cloud. Schon 2023 entschied die Berner Bundeskanzlei, Microsoft 365 in der Verwaltung einzuführen. Eine Alternative dazu gebe es nicht, da Microsoft seine On-Premise-Produkte nicht mehr weiterführe, führte die Bundeskanzlei damals aus. Mails und Kalenderdaten würden jedoch weiterhin in den Rechenzentren des Bundes gespeichert, außerdem dürften die Beamten keine vertraulichen Dokumente in der Microsoft-Cloud speichern.

Inzwischen seien 50 Prozent der 45.000 PC-Arbeitsplätze der Bundesverwaltung auf Microsoft 365 umgestellt, sagte ein Sprecher der Bundeskanzlei auf Anfrage von c't. Bis Ende des Jahres folge der Rest. Trump ist für die Schweiz also kein Grund, die Migration abzubrechen.

Anders als Dänemark und die Niederlande haben die Eidgenossen allerdings schon zu Beginn der Microsoft-365-Einführung betont, dass sie ihre Abhängigkeit von Microsoft „mittel- bis langfristig" reduzieren wollen: Im Rahmen einer Exit-Strategie prüfe man auch Open-Source-Alternativen, teilte die Bundeskanzlei 2023 mit. Das ähnelt den Äußerungen der deutschen Bundesregierung.

Welche Open-Source-Alternative die Schweiz konkret prüft, ist mittlerweile bekannt. Im Rahmen der Machbarkeits-

Europäische Tech-Firmen profitieren vom „Trump-Effekt"

Seit dem Amtsantritt von Donald Trump verzeichnen viele europäische Cloudanbieter und Softwareentwickler einen plötzlichen Anstieg der Nachfrage, sowohl von Behörden als auch von Unternehmen. Ob auch eine Sofortmigration möglich sei, sei keine seltene Frage mehr, berichtet zum Beispiel Nextcloud-Gründer Frank Karlitschek im Gespräch mit c't. Was früher mit monatelangen Abwägungsprozessen verbunden war, scheint nunmehr dringlich: Abhängigkeiten zu reduzieren, insbesondere von US-Anbietern.

Ähnliches berichtete der französische Anbieter OVHCloud: Nach dem Streit zwischen Trump und dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj seien „signifikante Anfragen" eingegangen, „auch aus DAX-Bereichen und dem öffentlichen Sektor", sagte Deutschlandchef Falk Weinreich im Interview mit unserer Schwesterzeitschrift iX. Auch der deutsche Cloudanbieter Ionos meldete einen spürbaren Anstieg der Nachfrage.

Ob Europa seine Abhängigkeit von Microsoft, AWS & Co. aber tatsächlich signifikant reduziert, da ist sich Nextcloud-Chef Karlitschek trotz des großen Interesses nach dem Trump-Schock noch nicht sicher: „Die Frage bei der digitalen Souveränität ist, ob es nun vom Reden endlich ins Handeln übergeht."

Dieses Dokument ist lizenziert für HS Augsburg, uw00411t.
Alle Rechte vorbehalten. © c't - magazin für computertechnik (CT). Download vom 15.05.2025 18:43 von www.wiso-net.de.

Dieses Dokument ist lizenziert für HS Augsburg, uw00411t.
Alle Rechte vorbehalten. © c't - magazin für computertechnik (CT). Download vom 15.05.2025 18:43 von www.wiso-net.de.

studie BOSS („Büroautomation mit Open-Source-Software“) pilotiert sie das vom deutschen ZenDiS mit Steuergeldern geschnürte Open-Source-Office-Paket openDesk. Dieses umfasst unter anderem Collabora Online, Open-Xchange, Nextcloud und Element (siehe auch [4]).

Man prüfe diese Anwendungen bis 2026 auf „Benutzerfreundlichkeit, Praxisnähe, Skalierbarkeit und Sicherheitsmerkmale“, erklärt die Bundeskanzlei auf ihrer Internetseite. Sie betont aber auch, dass sie nicht plant, Microsoft 365 durch BOSS zu ersetzen. Im Vordergrund stehe stattdessen die Eignung der Open-Source-Suite als Notfalllösung „unter Krisenbedingungen“ sowie als Werkzeug für die Bearbeitung sensibler Daten. Im Notfall stünde die Schweiz also immerhin nicht komplett nackt da.

Österreich: Bisher vor allem Absichtserklärungen

Wenige konkrete Informationen gibt es aus Österreich. Das Bundeskanzleramt ließ eine Anfrage von c’t zur Nutzung von Microsofts On-Premise-Produkten und Clouddiensten sowie eventuellen Alternativen unbeantwortet. Bekannt ist, dass Microsoft 365 im österreichischen Bildungssektor etabliert ist. Schon seit 2013 können Schulen im ganzen Land den Clouddienst über einen Vertrag des Bildungsministeriums nutzen.

Um Abhängigkeiten zu reduzieren, hat sich die seit März regierende Koalition aus ÖVP, SPÖ und Neos in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen, „in Abstimmung mit europäischen Partnern“ verstärkt auf Open-Source-Software zu setzen und digitale Souveränität bei Beschaffungen zu berücksichtigen. Konkretere Maßnahmen werden allerdings nicht erwähnt. Und auch über Pilotprojekte mit freien Office-Suiten für Behörden wie BOSS in der Schweiz oder openDesk in Deutschland ist aus Österreich nichts bekannt.

Ende März forderte der Grünen-Abgeordnete Süleyman Zorba die Wiener Regierung deshalb in einem Antrag auf, einen konkreten Zeitplan für Umsetzungsmaßnahmen zu erarbeiten und Fördermittel für Forschung und Entwicklung im Bereich Open-Source-Software bereitzustellen.

Die Energiekrise nach Beginn des Ukraine-Kriegs habe gezeigt, wie riskant starke Abhängigkeiten sind, argumentiert Zorba im Gespräch mit c’t. „Österreich war abhängig von russischem Gas, und die Auswirkungen haben wir deutlich gespürt.“ Ihm gehe es nun allerdings nicht um Verbote bestimmter Software, sondern um den Aufbau von Alternativen, gemeinsam mit europäischen Partnern. „Ein Land wie Österreich kann das nicht allein stemmen.“

„In Österreich ist die Debatte über digitale Souveränität kaum vorhanden“, sagt Süleyman Zorba, Digitalpolitiker der österreichischen Grünen.

Der Digitalpolitiker macht sich jedoch keine großen Hoffnungen, dass die Bundesregierung seinem Antrag folgt. „In Österreich ist die Debatte über digitale Souveränität kaum vorhanden“, sagt er.

Frankreich: „La Suite Numérique“ als MS-Alternative

Auch die französische Regierung wollte auf Anfrage keine Details zur Nutzung von Microsofts Clouddiensten und On-Premise-Produkten durch Behörden verraten. „Aktuell nutzen viele Behörden proprietäre, kommerzielle Lösungen wie Microsoft Office“, erklärte eine Sprecherin der interministeriellen Digitalisierungsbehörde DINUM lediglich.

Doch das traditionell auf Souveränität bedachte Frankreich hat seinen Behörden schon 2021 relativ strenge Regeln für die Nutzung von Clouddiensten auferlegt. Die Daten französischer Bürger oder Unternehmen dürfen in der Regel nur mit Diensten verarbeitet werden, die immun gegen Nicht-EU-Gesetze sind und Anforderungen der französischen Cybersicherheitsbehörde erfüllen. Ausnahmen sind möglich, aber die DINUM betonte 2021, dass Microsoft 365 die Anforderungen nicht erfüllt. Der Clouddienst dürfte in französischen Behörden daher nicht die Regel sein, ähnlich wie in Deutschland auf Bundesebene.

Und genau wie Delos in Deutschland will auch ein französisches Unternehmen Microsofts Clouddienste für Behörden in speziellen Rechenzentren betreiben, um den Zugriff durch US-Behörden zu erschweren: Bleu, ein Joint Venture des Telekommunikationskonzerns Orange und des Beratungshauses Capgemini. Wie Delos arbeitet Bleu zurzeit daran, die Einhaltung der staatlichen Sicherheitsanforderungen nachzuweisen.

Seit der Coronapandemie entwickelt Frankreich zudem Open-Source-Anwendungen für Office-Aufgaben. Die 2021 offiziell vorgestellte Suite hieß zunächst SNAP und bestand aus dem Matrix-kompatiblen Messenger Tchap sowie Tools für Audio- und Videokonferenzen sowie einer Dateiablage mit integriertem Online-Office. 2022 taufte die DINUM das Paket in La Suite Numérique um. Diese umfasst mittlerweile auch Open-Source-Tools für Mail, Datenbanken und Tabellen sowie den Transfer großer Dateien. Der bereits erwähnte Editor Docs gehört ebenfalls dazu.

Ähnlich wie das ZenDiS in Deutschland verzahnt die DINUM die diversen Open-Source-Tools technisch miteinander und vereinheitlicht die Bedienoberfläche. Allerdings gehen die beiden Staaten dabei unterschiedlich vor: Das ZenDiS entwickelt die Software nicht selbst, sondern vergibt Entwicklungs- und Supportaufträge an die Hersteller der Software, etwa Nextcloud, Univention oder Open-Xchange. Die DINUM beschäftigt hingegen selbst viele Softwareentwickler und beauftragt Freelancer. „Die Reinternalisierung essenzieller digitaler Fähigkeiten ist ein Schwerpunkt der Digitalstrategie der französischen Regierung“, betonte die DINUM gegenüber c’t.

La Suite und openDesk warten noch auf den Durchbruch

Mit dieser Strategie hat die DINUM französische Open-Source-Entwicklerfirmen

Dieses Dokument ist lizenziert für HS Augsburg, uw00411t.
Alle Rechte vorbehalten. © c't - magazin für computertechnik (CT). Download vom 15.05.2025 18:43 von www.wiso-net.de.

gegen sich aufgebracht. Deren Verband CNLL wirft der Regierung vor, den Unternehmen mit der mit Steuergeldern entwickelten Software unfaire Konkurrenz zu machen. „Die DINUM spielt gegen ihr eigenes Team", heißt es in einer CNLL-Stellungnahme vom August 2024.

Auch der französische Rechnungshof sieht „La Suite Numérique" kritisch. „Es ist zwar wünschenswert, dass der Staat bei Schwierigkeiten mit privaten Plattformen über eine souveräne Rückzugsmöglichkeit verfügt, aber die Ergebnisse entsprechen nicht den getätigten Investitionen", heißt es in einem Bericht der Rechnungsprüfer aus dem Juli 2024. Die meisten Staatsbediensteten wüssten nichts von dem staatlichen Officepaket und die Nutzungszahlen mehrerer Tools seien rückläufig.

Wie viele französische Beamte inzwischen „La Suite" anstelle von Microsoft Office nutzen, ist nicht bekannt. „Mehrere Behörden haben Tools der Suite Numérique eingeführt", teilte die DINUM auf Anfrage lediglich mit. Tchap komme aktuell auf 230.000 Nutzer pro Monat. Die anderen Tools werden vermutlich weniger stark genutzt.

Im Vergleich zum deutschen openDesk scheint „La Suite" jedenfalls eher günstig. Laut dem Bericht des Rechnungshofs investierte DINUM bis Ende 2023 rund 9,3 Millionen Euro in die Entwicklung, die jährlichen Wartungskosten werden mit 5 Millionen Euro beziffert. Aus Sicht der Pariser Rechnungsprüfer sind diese Kosten „erheblich". Doch das deutsche Bundesinnenministerium investierte allein bis Mitte 2024 rund 35 Millionen Euro in die Entwicklung von openDesk, für die damals noch der norddeutsche IT-Dienstleister Dataport zuständig war.

Auch openDesk hat den Durchbruch noch nicht geschafft: Das ZenDiS verzeichnete im April zwar „70.000 Nutzende in allen Bundesländern", doch die wenigsten davon dürften auf Microsoft Office verzichten. Und wenn man bedenkt, dass es im öffentlichen Dienst bundesweit mehrere Millionen PC-Arbeitsplätze gibt, wird klar, dass openDesk zurzeit noch ein zartes Pflänzchen ist. Und mittlerweile finanziert die Bundesregierung das Projekt nicht mehr so großzügig wie in den ersten Jahren, das ZenDiS muss sparen.

Das Ziel der Zusammenarbeit

Doch die Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und den Niederlanden sowie die Pilotierung von openDesk in der Schweiz zeigen: Europaweit steigt das Interesse an freien Office-Apps für Behörden. Und gemeinsam können die Europäer eher die Ressourcen zur Entwicklung wettbewerbsfähiger Software aufbringen als allein.

Das Ziel bestehe nicht darin, ein einheitliches europäisches Softwarepaket zu schnüren, sagt Alexander Smolianitski, Head of Open Source Products beim ZenDiS, im Gespräch mit c't. „Es geht eher um Standards und Schnittstellen, die den Aufwand reduzieren, einzelne Anwendungen ein- oder auszubauen." So könne eine Produktlandschaft aus kompatiblen Tools entstehen. Nationen könnten bei Bedarf Apps voneinander übernehmen, aber auch ihre individuellen Bedürfnisse berücksichtigen.

Dass es um Open-Source-Software gehe, erleichtere die Zusammenarbeit enorm, betont Smolianitski: „Man muss gar nicht überlegen, ob andere den Code sehen dürfen, sondern man legt einfach zusammen los." *(cwo@ct.de)* **c't**

Literatur

[1] Christian Wölbert, „Die Cloud ist unter unserer Kontrolle", Interview: Wie „souverän" ist die Delos-Cloud für die Verwaltung wirklich? c't 4/2023, S. 38
[2] Christian Wölbert, Der Streit ums Bundes-Office, openDesk: Hat die staatliche Microsoft-Alternative eine Chance?, c't 15/2024, S. 138
[3] Keywan Tonekaboni, Christian Wölbert, Der offene Norden, Wie Schleswig-Holstein den Wechsel von Microsoft zu Open Source schaffen will, c't 5/2025, S. 108
[4] Kornelius Kindermann, Martin Gerhard Loschwitz, Bundes-Office-Suite: Was kann openDesk?, iX 1/2025, S. 110

Erwähnte Quellen: ***ct.de/yay8***

EuroStack & Co.: Neue europäische Initiativen für digitale Souveränität

Mit Gaia-X wollten die deutsche und die französische Regierung schon 2019 die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Cloudanbieter stärken. Das Projekt wird von einigen Unternehmen noch weiter vorangetrieben, es konzentriert sich aber mittlerweile auf spezielle Aspekte, etwa auf Datenräume für die Industrie. Größere Hoffnungen in Sachen „digitale Souveränität" setzen Politik und Wirtschaft mittlerweile auf jüngere Initiativen. Dazu gehören zum Beispiel:

„Buy European"-Klauseln: Die Europäische Kommission will Ende des Jahres eine Reform des europäischen Vergaberechts vorstellen, das immer dann eingehalten werden muss, wenn staatliche Stellen in Europa etwas einkaufen wollen. Brüssel könnte darin eine Buy-European-Klausel verankern, also den Behörden vorschreiben, europäische Anbieter zu bevorzugen. „Durch ein Gebot für öffentliche Verwaltungen, mindestens die Hälfte ihrer digitalen Dienstleistungen, insbesondere Clouddienste, bei europäischen Anbietern zu beschaffen, könnten wir die Nachfrage generieren, die europäische Unternehmen für ihre Investitionssicherheit benötigen", sagt Axel Voss, der für die CDU im Europaparlament sitzt. Auch die Grünen-Europaabgeordnete Alexandra Geese befürwortet eine solche Regel.

EuroStack: Die EuroStack-Initiative wurde unter anderem von der EU-Abgeordneten Alexandra Geese und den Wirtschaftswissenschaftlerinnen Cristina Caffara und Francesca Bria ins Leben gerufen. Sie fordern, dass die EU sich nicht darauf beschränkt, Tech-Konzerne zu regulieren, sondern einheimische Anbieter stärker fördert – mit Steuergeld, aber auch mit privatem Wagniskapital. Eine Studie von Bria und weiteren Autoren zeigt auf, auf welchen technischen Ebenen Europa von den USA und China abhängig ist und welche EU-Firmen bereits Alternativen bieten. Die neue Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag die EuroStack-Initiative „stärken".

EU OS: Auf der Webseite eu-os.eu konzipieren der Datenschutzexperte Robert Riemann und Mitstreiter ein PC-Betriebssystem für Nutzer im öffentlichen Sektor. Als Basis soll Fedora Linux dienen.

SECA: Die europäischen Cloudanbieter Aruba (Italien), Ionos (Deutschland) und Dynamo (Italien) arbeiten an einer offenen API-Spezifikation, die Kunden den Wechsel zwischen Cloudanbietern und den Betrieb von Multi-Cloud-Infrastrukturen erleichtern soll.